

Öffentlicher Verkehr: Auswege aus der Finanzierungslücke



Glattalbahn - mitfinanziert durch den Infrastrukturfonds

Dr. Urs Geissmann, Direktor des Schweizerischen Städteverbandes

Es ist unbestritten: Ein leistungsfähiges nationales Verkehrssystem sowie rasche und umweltschonende Verkehrsangebote in den Agglomerationen sind wichtige Faktoren im internationalen Standortwettbewerb. Die Schweiz, lange ein Vorbild für gute Verkehrsverhältnisse, drohte vor einiger Zeit europäisch ins Hintertreffen zu geraten. Die Politik hat deshalb geeignete Finanzierungssysteme für die Verkehrsinvestitionen geschaffen. Für die Finanzierung der Nationalstrassen sprudeln seit Jahrzehnten die Abgaben auf den Treibstoffen, für die Bahninvestitionen wurde der Fonds für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) geschaffen, für die Mitfinanzierung der Investitionen des Agglomerationsverkehrs schliesslich sind im Rahmen des Infrastrukturfonds sechs Milliarden Franken reserviert.

Dank dem FinöV-Fonds können auch die ständig steigenden Kosten der NEAT gedeckt werden. Diese schmälern aber die verfügbaren Gelder für die Bahninvestitionen im Mittelland. Der Bundesrat hat deshalb versucht, mit der Vorlage über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB) wenigstens die wichtigsten Engpässe im Bahnnetz zu beseitigen. Auf der Strecke bleiben vorläufig die so genannten unerlässlichen Erweiterungsoptionen, wie Zimmerberg-, Wiesenberg-, Heitersberg- und Brütternertunnel, das dritte Gleis Lausanne-Genf oder die bessere Anbindung der Region Luzern. Für die Finanzierung dieser Erweiterungsoptionen fehlen gegenwärtig mindestens 3 Milliarden Franken. Bereits in der Sommersession wird sich der Ständerat mit der Vorlage befassen.

Obwohl bei den Investitionen des Agglomerationsverkehrs die Städte, Gemein-

den und Kantone den Löwenanteil selber finanzieren müssen – der Bund zahlt im Maximum 30 - 50 % – übersteigen auch hier die in den Agglomerationsprogrammen enthaltenen Projekte die vorgesehenen Finanzierungsmöglichkeiten des Infrastrukturfonds wesentlich. Den Gesuchen in der Höhe von 8,5 Milliarden Franken für die zweite Tranche stehen Bundesmittel in der Höhe von 2,5 Milliarden gegenüber.

Fazit: Für die Investitionen in die Bahn und den Agglomerationsverkehr fehlen bereits heute beträchtliche Gelder. Was nun? Die Erschliessung zusätzlicher Mittel durch eine Steuererhöhung, zum Beispiel der Mehrwertsteuer, dürfte kaum realistisch sein. Ein Verzicht auf die geplanten und im Wesentlichen dringenden Investitionen auch nicht. Überdies reicht eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen und eine Erhöhung der Bevorschussungslimiten des FinöV-Fonds bei weitem nicht aus, um die Finanzierungslücke zu schliessen. Und beim Infrastrukturfonds sind derartige Massnahmen aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Damit bleibt nur ein Ausweg: Der Einsatz allgemeiner Bundesmittel oder die vermehrte Umlenkung der Strassenabgaben auf den Bahn- und Agglomerationsverkehr. Um diese Frage werden sich die anstehenden Diskussionen in den eidgenössischen Räten drehen. Für Zündstoff ist jedenfalls gesorgt.



Interview

«Die Vernetzung über die Fraktion hinweg ist besonders wichtig»



Interview mit Nationalrat Kurt Fluri, Stadtpräsident von Solothurn und Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes.

Die Stadt: Herr Fluri, Sie sind neuer Präsident der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik. Wird dieses Gremium auch in den kommenden Jahren im Hintergrund tätig sein?

Fluri: Solche parlamentarischen Gruppen machen keine Öffentlichkeitsarbeit und treten nicht auf in Fraktionen. Die Idee ist es, fraktionsübergreifend über gemeinsame Sachthemen zu informieren oder allenfalls auf eine konkrete Gesetzgebung einzuwirken. Wir schaffen in den Fraktionen Rückhalt für ein bestimmtes Thema. Pro Session haben wir höchstens eine Informationsveranstaltung.

Die neu von Ihnen präsidierte Gruppe hat in der letzten Legislatur einige Wirkung erzielt. Was ist das Erfolgsrezept der Lobbyorganisation?

Das Erfolgsrezept ist, dass wir uns sachkompetent orientieren lassen, sei es durch Vertreter der Verwaltung oder durch Aussenstehende. Jede Gruppe hat ein Sekretariat oder einen Verband im Rücken und zieht Experten bei. Dann wird oftmals pro und contra diskutiert wie etwa kürzlich beim Gespräch zum Thema Kulturförderungspolitik. Die Mitglieder dieser Gruppe sollen sich direkt informieren können. Zum Erfolgsrezept gehört auch, dass wir uns nicht unbedingt von Ideologie oder Dogmen, sondern von Sachkenntnis leiten lassen. In der Gruppe Kommunalpolitik sind primär Exekutivmitglieder von Gemeinden und Städten. Wir haben auch schon Abstimmungsempfehlungen abgegeben, aber in der Regel nur den Mitgliedern der Gruppe.

Was waren die grössten Erfolge der Gruppe?

Einer der grössten Erfolge war der Infrastrukturfonds. Dazu zählen auch die Zweistufigkeit bei der Strommarktliberalisierung oder die Verankerung der Agglomerationen in der Verfassung. Diese Ideen wurden in der parlamentarischen Gruppe geboren. Wichtig ist, dass es keine Diskrepanz zwischen Städte- und Gemeindeverband gibt. Beide sollten am gleichen Strick ziehen. Diskrepanzen sind zwar selten, aber es gibt sie: Etwa bei der Asylgesetzgebung, und zwar bei der Nothilfe für abgewiesene Asylbewerber.

Welches sind die Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren?

Im Herbst wollen wir vermutlich die Revision des Vormundschaftsrechtes aufs Tapet bringen. Im Moment sieht es so aus, dass es auf eine Professionalisierung hinausläuft. Dies würde das ganze Vormundschaftswesen auf den Kopf stellen. In den meisten Gemeinden sind heute nämlich nebenamtliche Kommissionen am Werk. Weitere Schwerpunkte sind die Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEB), die Verankerung der Agglomeration im Raumplanungsgesetz, das Kulturförderungsgesetz, die Auswirkungen der Asyl- und Ausländergesetzgebung, die Entwicklung der Sozialpolitik und die Jugendgewalt.

Auf der Website der Stadt Solothurn schreiben Sie, Solothurn sei eine Brückenstadt zwischen den beiden Sprach- und Kulturregionen. Sehen Sie sich als kommunalpolitischen Brückenbauer im Parlament?

Ich verabscheue alle Dogmen und Fundamentalismen. Ich habe bereits im Solothurner Kantonsrat fraktionsübergreifend gearbeitet. Ich bin jetzt in zwei parlamentarischen Gruppen Präsident, neben der Gruppe Kommunalpolitik auch in der Gruppe Raumentwicklung, dann Co-Präsident in der Gruppe Kulturpolitik und der Gruppe Biodiversität und Artenschutz. In einer Zeit, wo mehr Differenzen aufgebaut und betont werden, ist die Vernetzung über die Fraktionen hinaus sehr wichtig.



Bund/Kantone

Für Anpassung des Kulturförderungsgesetzes

An einem Hearing der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des Nationalrates hat die Konferenz der Schweizer Städte für Kulturfragen wesentliche Anpassungen des Kulturförderungsgesetzes verlangt, nämlich

- eine Vorsorgeregelung für Kulturschaffende
- eine verbindlichere Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden
- die Unterstützung von Museen und Sammlungen durch Finanzhilfen
- Finanzhilfen an herausragende Institutionen und Anlässe der Kultur
- Projekt- und Werkbeiträge für Künstler
- die verbindliche Unterstützung der Bundesstadt Bern

Parlamentarische Gruppe «Kommunalpolitik» unter neuem Präsidium

Die vom Schweizerischen Städteverband und vom Schweizerischen Gemeindeverband betreute parlamentarische Gruppe „Kommunalpolitik“ hat sich für die neue Legislatur der eidgenössischen Räte konstituiert. Zum Präsidenten wurde Nationalrat Kurt Fluri, Stadtpräsident von Solothurn, gewählt (siehe Interview). Der Vorstand setzt sich für die neue Legislatur wie folgt zusammen: Viola Amherd, NR, Stadtpräsidentin von Brig, Didier Berberat, NR, Exekutivmitglied von La Chaux-de-Fonds, Hannes Germann, SR, Gemeindepräsident von Opfertshofen und Vizepräsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes, Ursula Haller, NR, Vizestadtpräsidentin von Thun, Hans Stöckli, NR, Stadtpräsident von Biel.

Für wirksame Energiemassnahmen im Gebäudebereich



Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) schlägt in ihrer parlamentarischen Initiative „Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich“ eine Änderung des Bundesgesetzes über die Reduktion der CO₂-Emissionen sowie eine Änderung des Obligationenrechts (Mietrecht) vor. Der Schweiz. Städteverband beurteilt die im CO₂-Gesetz vorgeschlagenen Massnahmen grundsätzlich als wirksam und zielgerichtet. Das Nebeneinander der bestehenden Fördersysteme muss jedoch bezüglich Bauherrschaften/Planende optimiert werden. Zudem schafft die Befreiung der Vermieterinnen und Vermieter bzw. Einzelner oder Gruppen von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern von der CO₂-Abgabe Ungleichheiten, da nur grössere Institutionen wie Genossenschaften und Pensionskassen den Aufwand für eine Rückerstattung verantworten können. Der Aufwand für die Erfassung, die Rückerstattung und die Kontrolle der Mittel beurteilt der SSV als unverhältnismässig.

Für Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens

Der Schweizerische Städteverband sieht die Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit auf die zwei neuen

EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien als eine konsequente Fortsetzung des bilateralen Wegs der Schweiz. Trotz enormer Anstrengungen der beiden Staaten, die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen EU-Beitrittskriterien zu erfüllen, ist es notwendig, die flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping sowie gegen die Umgehung von ausländerrechtlichen Vorschriften weiter zu verstärken. Gerade städtische Regionen werden mit problematischen Begleiterscheinungen (Schattenwirtschaft etc.) konfrontiert.

Keine Sanierung der Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Fürsorge

Bei der Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes schenkt der Bundesrat den Auswirkungen der Sanierungsvorlage auf das ganze Sozialversicherungssystem und insbesondere auf die Fürsorge zu wenig Beachtung. Die Erfahrungen der Städte und Gemeinden mit der letzten Revision aus dem Jahre 2003 zeigen deutlich, dass ein Leistungsabbau zu stärkeren Belastungen der Sozialhilfe führt. Die Sanierung muss deshalb über eine stärkere Erhöhung des Beitragssatzes sowie durch einen ständigen Solidaritätsbeitrag gesichert werden. Neue Zugangsbarrieren und Leistungskürzungen sowie die Tendenz zum Rückzug des Bundes aus der aktiven Arbeitsmarktintegration sind abzulehnen.

Interessierte Leserinnen und Leser finden die vollständigen Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen des SSV unter www.staedteverband.ch



Parlamente und Regierungen: Frauenanteil stark gewachsen

In den Parlamenten der Schweizer Städte ist der Anteil der Frauen in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Landesvergleich sind die SPS, die GPS und die FDP bei den städtischen Behörden überdurchschnittlich vertreten. Dies geht aus der «Statistik der Schweizer Städte 2008» des Schweizerischen Städteverbands hervor.

In den Parlamenten der fünf Städte mit über 100'000 Einwohnern, nämlich Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich sind insgesamt 515 Parlamentssitze zu vergeben. Stärkste Partei ist die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) mit einem Sitzanteil von insgesamt 31,1%, gefolgt von der Grünen Partei der Schweiz (GPS) mit 17,3% und der Freisinnig - Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) mit 15,5%.

Die viertstärkste Vertretung stellt die Schweizerische Volkspartei mit 12,2%, gefolgt von der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) mit 6,8%, der Liberalen Partei (LPS) mit 5,8%, der Evangelischen Volkspartei (EVP) mit 2,7%, während auf weitere Parteien und Zusammenschlüsse 8,6% entfallen.

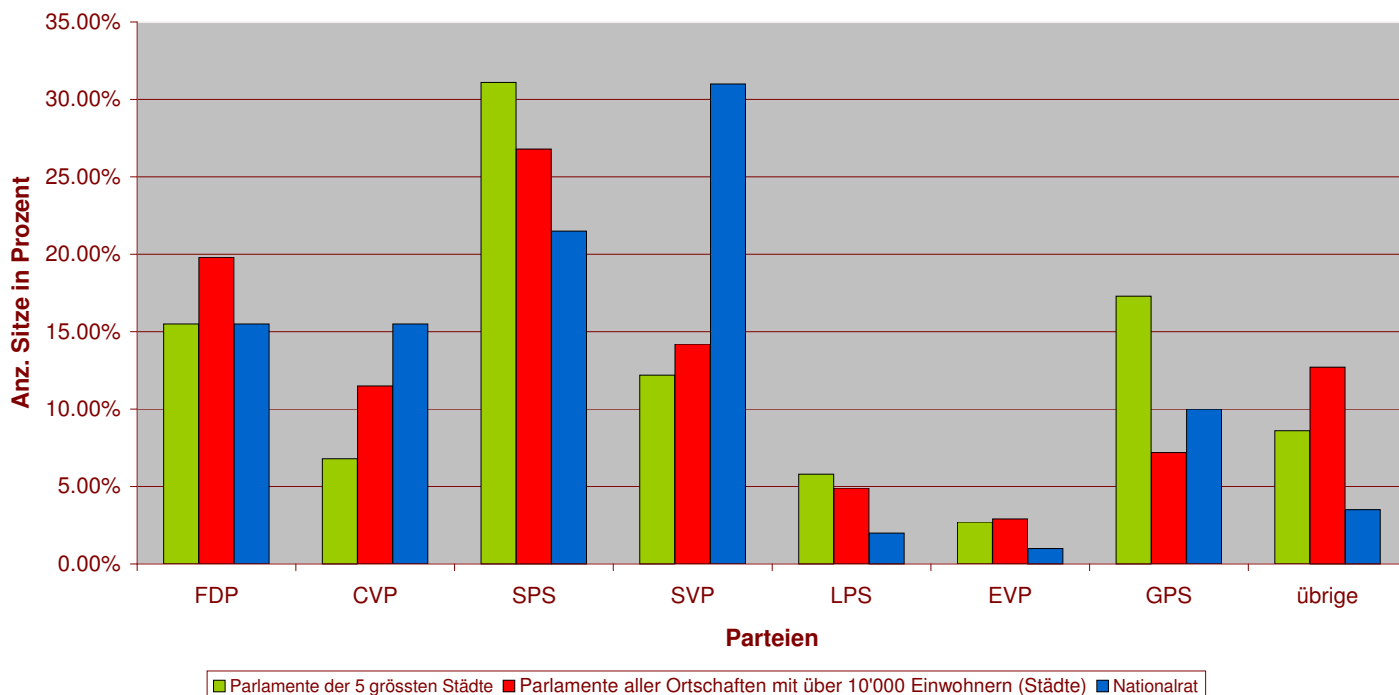
In den Stadtregierungen sind die grossen Parteien noch besser vertreten

als in den Parlamenten. So verfügen die SPS über 42,4 % der Sitze, die FDP als zweitstärkste Partei in den Exekutiven über 24,2 % der Sitze und die GPS über 18,2 %. Die SVP hat – obwohl viertstärkste Partei in den Legislativen - keinen einzigen Regierungssitz.

Starke SPS und FDP

Stärkste Partei in allen Ortschaften mit mehr als 10'000 Einwohnern ist die SPS mit dem grössten Anteil an den insgesamt 4292 Parlamentssitzen. Die FDP ist am besten vertreten in den mit 829 Sitzen bestückten Regierungen.

Anzahl Sitze der Parteien in kommunalen Parlamenten und im Nationalrat



Städte

In den Parlamenten hat die SPS einen Sitzanteil von 26,8%, gefolgt von der FDP mit 19,8%, der SVP mit 14,2% und der CVP mit 11,5%. Nach den „Übrigen“ und Splittergruppen folgen die GPS, die LPS und die EVP. Stärkste Partei in den städtischen Exekutiven ist die FDP mit einem Anteil von 27,0%, gefolgt von der SPS mit 24,6%, der CVP mit 16,7% und der SVP mit 12,4%.

Ein Vergleich der Parlamentssitze auf nationaler Ebene mit den Sitzanteilen in allen städtischen Parlamenten zeigt, dass die SPS und die FDP in den urbanen Parlamenten klar besser vertreten sind als im Nationalrat. Das Umgekehrte gilt für die SVP. In den städtischen Parlamenten verfügt sie lediglich über einen Sitzanteil von

14,2%, im Nationalrat dagegen über 31,0% aller Sitze. Ebenfalls vertreten, aber nur leicht besser, ist die GPS im Nationalrat mit einem Sitzanteil 10,0% anstelle von 7,2% in den städtischen Parlamenten.

Frauenanteil in Grossstädten am höchsten

Der Frauenanteil in den Stadtparlamenten ist in der Periode von 1980 bis 2007 stark gestiegen und erreicht nun 32,2%. Er hat sich seit 1980 um 15 Prozentpunkte erhöht und liegt über dem Frauenanteil im nationalen Parlament. In den fünf grössten Städten liegt der Frauenanteil bei etwa 40% und damit beinahe um 10 Prozentpunkte höher als in den übrigen Städ-

ten. In den Stadtregierungen hat sich der Frauenanteil von 5% im Jahre 1980 auf rund 25% im Jahr 2007 erhöht. In den Stadtregierungen der fünf grössten Städte beläuft er sich gegenwärtig auf gut 30%.

Weitere Daten über die Struktur der Städte können Sie der «Statistik der Schweizer Städte 2008» entnehmen, welche beim *Schweizerischen Städteverband bestellt* oder über *folgenden Link* abgerufen werden kann.

Verband

Städtetag vom 28./29. August 2008 in Lugano

Das definitive Referatsprogramm für den diesjährigen Städtetag in Lugano steht fest. Unter dem Thema «**Agglomeration – Fusion oder Zusammenarbeit?**» dürfen wir verschiedene Referenten und Rundtisch-Gesprächspartner begrüssen.

Das Programm vom 28. August:

12.00 Uhr	Stehlunch
13.30 Uhr	GV/Statutarischer Teil
14.30 Uhr	Referat Bundesrätin Micheline Calmy-Rey
15.15 Uhr	Pause
15.45 Uhr	Braucht die Schweiz eine Gebietsreform? Thomas Held, Direktor Avenir Suisse
16.15 Uhr	Fusion als Lösung der Agglomerationsprobleme Giorgio Giudici, Sindaco, Lugano
16.45 Uhr	Rundtischgespräch: Wie lösen wir die Probleme in den Agglomerationen und Metropolitanräumen? (Genügt eine freiwillige Zusammenarbeit? Braucht es verbindliche Regelungen oder Fusionen?) Leitung: Beatrice Born, Journalistin Radio DRS Teilnehmer: Dr. Elmar Ledergerber, Stadtpräsident, Zürich Daniel Brélaz, Stadtpräsident, Lausanne Giorgio Giudici, Stadtpräsident, Lugano Helene Meyer-Jenni, Gemeindepräsidentin Kriens
18.00 Uhr	Schluss
20.00 Uhr	Apéro und Bankett



Am 29. August finden verschiedene Exkursionen statt



Strommarkttagung vom 28. Mai 2008 in Biel/Bienne

Die Liberalisierung des Strommarktes ist eingeleitet. Der Bundesrat hat die Stormversorgungsverordnung und die revidierte Energieverordnung gutgeheissen. Der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen, der Städteverband und der Gemeindeverband führen deshalb am 28. Mai 08 in Biel gemeinsam eine Tagung durch.

Im Vordergrund stehen folgende Fragen:

- Liberalisierungsschritte
- Energiepolitik der Städte und Gemeinden
- Organisation der städteeigenen Werke
- Förderung der alternativen Energien

Tagungsprogramme werden den Verbandsmitgliedern zugestellt oder können beim Sekretariat des Städteverbandes verlangt werden.

Abfalllogistik und Separatsammlungen, 21. Mai 2008 in Bern

Zum zweiten Mal organisieren die Kommunale Infrastruktur (Dienstleister des Schweizerischen Städteverbandes), der Schweizerische Städteverband und der Schweizerische Gemeindeverband eine Tagung zum Thema «Abfalllogistik und Separatsammlungen».

An der Tagung für Entsorgungsverantwortliche in den Städten, Gemeinden und Zweckverbänden sowie Vertreter von kantonalen Fachstellen und Entsorgungs- und Recyclingunternehmen präsentiert der Bund seine Konzepte zu einer zukünftigen Rollenteilung zwi-

schen öffentlicher Hand und Wirtschaft bei den separat gesammelten Abfällen.



Beim Altpapier, PET-Getränkeflaschen und Elektro- und Elektronikabfällen gelten seit kurzem neue Entschädigungsmodelle für die Gemeinden. Was ist deren Nutzen? Aus rechtlicher Sicht wird aufgezeigt, wie Nachhaltigkeitskriterien bei der Ausschreibung von Abfalltransportdienstleistungen berücksichtigt werden können. In der abschliessenden Podiumsdiskussion wird mit allen beteiligten Akteuren erörtert, wie sich Gemeinden bei anstehenden Liberalisierungen und Gebührendruck verhalten sollen und können.

Nähere Informationen

Kooperationsvereinbarung für den „Trialog Sozialpolitik Schweiz“

Der „Trialog Sozialpolitik Schweiz“ zwischen Bund, Kantonen und Städten kommt in Gang. Das Büro der Städteinitiative wird Bundesrat Pascal Couchepin und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren (SODK) demnächst einen Vorschlag für eine Kooperations-Vereinbarung unterbreiten. Sie soll noch im laufenden Jahr verabschiedet werden. Der Trialog wurde von der Städteinitiative angeregt, weil die Städte oft die Folgen einer nationalen Sozialpolitik tragen müssen, ohne dass sie mitreden können. Zum Beispiel bei den Revisionen der

Arbeitslosenversicherung und der IV, mit denen zunehmend Lasten auf die kommunal finanzierte Sozialhilfe verlagert werden sollen. Auf der Plattform „Trialog Sozialpolitik Schweiz“ wollen der Bund, die SODK und die Städteinitiative Sozialpolitik partnerschaftlich an der konkreten Lösung sozialpolitischer Fragen arbeiten.

Handbuch Pandemieplanung

Was ist zu tun, wenn 25 oder gar 40% der Mitarbeitenden während mehrerer Wochen ausfallen? Die Antworten gibt das Handbuch Pandemieplanung, das wie folgt bestellt werden kann: Arbeitssicherheit Schweiz, Mainaustrasse 30, Postfach, 8034 Zürich

Tel.: 044 388 71 91

Fax: 044 388 71 80

E-Mail: info@arbeitssicherheitschweiz.ch

Web: www.arbeitssicherheitschweiz.ch

Hilfsmittel für eine hindernisfreie Verwaltung

Behinderten Menschen sind Zugänge zu Räumen der Verwaltungsgebäude, aber oft auch andere Dienstleistungen nicht zugänglich. Beispiele sind ungeeignete Schalter, Wahl der falschen Schrift für Dokumente oder ganz einfach Unkenntnis über den Umgang mit diesen Mitmenschen. Ein soeben erschienenes Hilfsmittel „Die hindernisfreie Gemeindeverwaltung“ zeigt mögliche Mängel auf, gibt unzählige praktische Tipps für Verbesserungen oder richtiges Verhalten. Der Ordner, an dem Behinderte aktiv mitgewirkt haben, kann zum Preis von 170 Franken beim Verein Zürcher Gemeindeschreiber,

Tel.: 044 388 71 88,

Fax; 044 388 71 80 oder

handbuch@federas.ch bestellt werden.



Agenda

Schweizerischer Städteverband

20. Mai 2008

«Forum Nachhaltige Entwicklung» für
Behördenmitglieder in Bern

Thema: «Die Schweiz unterwegs zu
einer nachhaltigen Raumentwicklung»

Weitere Auskünfte:

Anne DuPasquier

E-Mail: anne.dupasquier@are.admin.ch

Tel.: 031 325 06 25

28. Mai 2008

Strommarkttagung über die Liberali-
sierung und die Förderung alternati-
ver Energien (Träger: VSE/Städtever-
band/Gemeindeverband) in Biel

Weitere Auskünfte:

Christina Grab

E-Mail: info@staedteverband.ch

Tel.: 031 356 32 32

28. / 29. August 2008

Städtetag - «Agglomerationen – Fusi-
on oder Zusammenarbeit?» in Lugano

Vertreterin Bundesrat:

Micheline Calmy-Rey

Weitere Auskünfte:

Christina Grab

E-Mail: info@staedteverband.ch

Tel.: 031 356 32 32

Kommunale Infrastruktur

21. Mai 2008

Tagung: «Abfalllogistik & Separat-
sammlung in der Gemeinde» in Bern

5. Juni 2008

Mitgliederversammlung Kommunale
Infrastruktur in Olten

mit Besichtigung der Sondermüllde-
ponie in Kölliken

17. September 2008

Strassenmeister Tagung,
Thema «Winterdienst & Baustellensi-
gnalisation» in St. Gallen

13. November 2008

Workshop Führungsfragen
in Nottwil

Weitere Auskünfte:

Laura Fellmann

E-Mail: info@kommunale-infrastruktur.ch

Tel.: 031 356 32 32

Städteinitiative Sozialpolitik

16. Mai 2008

Frühjahrskonferenz in Luzern
«Arbeitsintegration von erwerbsfähi-
gen Sozialhilfe Beziehenden»

gemeinsam mit dem Schweizerischen
Arbeitgeberverband

14. November 2008

Herbstkonferenz in Lausanne
Thema «Frühförderung»

Weitere Auskünfte:

Städteinitiative Sozialpolitik

E-Mail: info@staedteinitiative.ch

Tel.: 041 208 81 32

Konferenz Städtischer Polizei- direktoren- und direktorinnen

4. September 2008

Sicherheitskongress
Thema «Häusliche Gewalt» in Zürich

Weitere Auskünfte:

Christina Beurret

E-Mail: christina.beurret@zuerich.ch

Tel.: 044 411 70 14

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindegemeinder

13. Juni 2008

Generalversammlung in Neuenburg

Weitere Auskünfte:

Urs Müller

E-Mail: urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Tel.: 044 832 62 40

Impressum

Herausgeber:

Schweizerischer Städteverband
(SSV)

Dr. Urs Geissmann, Direktor
Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Tel: 031 356 32 32

Fax 031 356 32 33

Internet: www.staedteverband.ch

E-Mail: info@staedteverband.ch

Der Newsletter des SSV erscheint in
der Regel monatlich